

<b>Antrag:</b>	<b>„CO<sub>2</sub>-Abgabe für Deutschland statt Ausweitung des ETS-Handelssystems“</b>	
	<u>Antragssteller:</u>	SPD Distrikt Schnelsen
x Beschlossen vom Vorstand des Distrikt Schnelsen am 4.11.2019		
x überwiesen an:		
	x Landesparteitag	x Bundesparteitag

An den an den **Landesparteitag Hamburg und parallel an den Bundesparteitag**

## **„CO<sub>2</sub>-Abgabe für Deutschland statt Ausweitung des ETS-Handelssystems“**

### **Antragstext**

**Die SPD setzt sich künftig dafür ein, dass keine Ausweitung des EU-ETS-CO<sub>2</sub>-Handelssystems (Europäisches Emission Trading System für CO<sub>2</sub> Zertifikate) auf den „nicht ETS Bereich“ (die Bereiche Wärme, Verkehr, ein neues Gesetz mit dem Namen BEHG „Gesetz über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen“ ist hierfür in Arbeit) erfolgen soll, sondern dass stattdessen eine klare CO<sub>2</sub>-Abgabe / ein CO<sub>2</sub>-Preis als steuerndes Werkzeug für Deutschland in den Sektoren Wärme und Verkehr zum Einsatz kommt. Die Maßnahme muss von der SPD verbunden werden mit einer Klimaprämie.**

### **Begründung**

Mit dem Klimaschutzpaket vom 20.09.2019 wurde von der Regierungskoalition beschlossen, ab 2021 bis 2025 einen ansteigenden CO<sub>2</sub>-Preis und daran anschließend ab 2026 ein CO<sub>2</sub>-Handelssystem in Deutschland einzuführen. An dieser Mischung erkennt man die Kompromissssuche zwischen CDU/CSU und der SPD: noch am 5.7.2019 hatte Bundesministerin Schulze (SPD) eine staatlich festgelegte Abgabe für CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Bereichen Wärme und Verkehr gefordert.

Mit dem aktuellen Gesetzesentwurf „Gesetz über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen (BEHG)“ wird versucht, das EU-ETS-CO<sub>2</sub>-Handelssystem (Europäisches Emissions Trading System, das Teile der Stromerzeugung und Teile der Industrie betrifft) auf die Bereiche Verkehr und Wärme zu übertragen. Die SPD Schnelsen hält diesen Weg für wenig klar und wenig erfolgsversprechend.

Statt einer weiteren Ausarbeitung des neuen Gesetzes „BEHG“ und einer Ausweitung des ETS Handelssystem soll sich die SPD stattdessen FÜR eine steuernde Maßnahme in Form eines CO<sub>2</sub>-Preises und in Form von CO<sub>2</sub>-spezifischen Steueranpassungen einsetzen. Zeitgleich soll für deutsche Haushalte mit wenig Geld ein Ausgleich in Form einer Klimaprämie eingeführt werden. Siehe Bundesumweltministerin Schulze am 5.7.2019 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/co2-steuer-schulze-klimapraemie-1.4512751> . Eine CO<sub>2</sub> Steuer ist klarer, politisch wertvoller und wirkungsvoller als ein Handelssystem.

Der Einsatz fossiler Energien mit hohen CO<sub>2</sub> Emissionen führt zu Folgekosten durch Unwetterschäden, Ernteausfälle etc. Diese Kosten fallen derzeit als von der gesamten Gesellschaft zu tragende Folge-Kosten an: allein 2016 betragen die Umweltkosten der Treibhausgasemissionen in Deutschland laut Umweltbundesamt 164 Mrd. Euro.

Laut Umweltbundesamt verursacht eine Tonne CO<sub>2</sub> Schäden in Höhe von 180 Euro. Diese Kosten werden aktuell indirekt über Steuern und Versicherungsprämien beglichen. Weitere Kosten überlassen wir den nachfolgenden Generationen.

Ein CO<sub>2</sub> Abgabe sorgt sehr einfach und schnell dafür, dass die Folge-Kosten von CO<sub>2</sub> Emissionen nach dem Verursacherprinzip verteilt werden. Die externen Kosten werden in den Energiepreisen sichtbar. Emissionsintensive Prozesse werden teurer.

Da die Kosten für die Erzeugung von erneuerbarem Strom als Folge des EEG aus dem Jahr 2000 bereits deutlich gesunken sind, kann sich deren Vorteil schneller entfalten. Das Ziel, den Wandel hin zu einem sparsameren Verbrauch fossiler Brennstoffe zu vollziehen, kann somit effektiver und schneller erreicht werden.

Argumente gegen die Ausweitung des Handelssystems mittels des Gesetzesentwurfs BEGH:

- Es liegen negative Erfahrungen vor: rückblickend wurden diverse negative Erfahrungen mit dem ETS-Handelssystem gemacht: vor 11 Jahren (2008) wurde der europäische Mechanismus des CO<sub>2</sub>- Zertifikate-Handels installiert, der auf Marktmechanismen setzt bei gleichzeitiger Regulierung durch Zertifikate-Zuteilung. Die Umsetzung des Handelssystems war mit großen Schwierigkeiten verbunden, eine CO<sub>2</sub>-mindernde Wirkung entfaltete dieses Werkzeug erst sehr spät (erst vor ein bis zwei Jahren).
- Die Übertragung und Umsetzbarkeit auf nationaler Ebene wird bezweifelt: Der EU-ETS betrifft eine relativ geringe Anzahl von Handelspartnern und erfordert eine komplizierte Marktregulierung. Eine Ausweitung auf die Bereiche Wärme und Verkehr würde alle BürgerInnen betreffen, so dass eine sehr hohe Anzahl an Beteiligten am Nicht-ETS-Handelssystem teilnehmen müssten. Neben der enormen Kompliziertheit und schweren Verständlichkeit besteht die Gefahr von Überschneidungen zu Zertifikatspreises der ETS. Es besteht die Gefahr der verfassungsrechtlichen Zurückweisung dieses Werkzeuges (<https://threadreaderapp.com/thread/1186023959701184512.html>).
- einfache und für die BürgerInnen verständliche Regelungen wirken besser: Wichtig für eine politisch wirkungsvolle Maßnahme und eine Rückendeckung der Regierungs-Politik in der Gesellschaft ist, dass sie klar, verständlich und nachvollziehbar ist. Das ist beim EU-ETS Handelssystem und beim nETS=BEHG nicht gegeben. Klare Vorgaben wie eine CO<sub>2</sub>-Abgabe können eine hohe Investitionsbereitschaft und einen schnellen Zubau von CO<sub>2</sub>-armen-Erzeugungsanlagen besser fördern, da feste Preise eine klare Wirtschaftlichkeitsberechnung für Investoren ermöglichen, Marktmechanismen bieten keine entsprechende Sicherheit.

#### Fazit:

Durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird die Nutzung von den fossilen auf die erneuerbaren Energieträger umgelenkt, somit erfolgt eine

- Entlastung der Umwelt von Schadstoffen
- Entlastung der Atmosphäre von CO<sub>2</sub>-Emissionen
- Senkung der volkswirtschaftlichen Importkosten und Abbau von Abhängigkeiten, da Steinkohle und Mineralöle derzeit zu 100 % importiert werden müssen.

Sobald eine CO<sub>2</sub> Abgabe konsequent umgesetzt ist, wäre eine EEG-"Subventionierung" für die neueren Technologien PV und Windkraft nicht mehr notwendig. Im Gegenteil wären die Erneuerbaren konkurrenzlos günstig und auf eine Einspeisevergütung könnte verzichtet werden. In den Staatshaushalten würden entsprechende Mittel frei, um finanzielle Härten der CO<sub>2</sub> Abgabe für Haushalte mit wenig Geld abzufedern.